

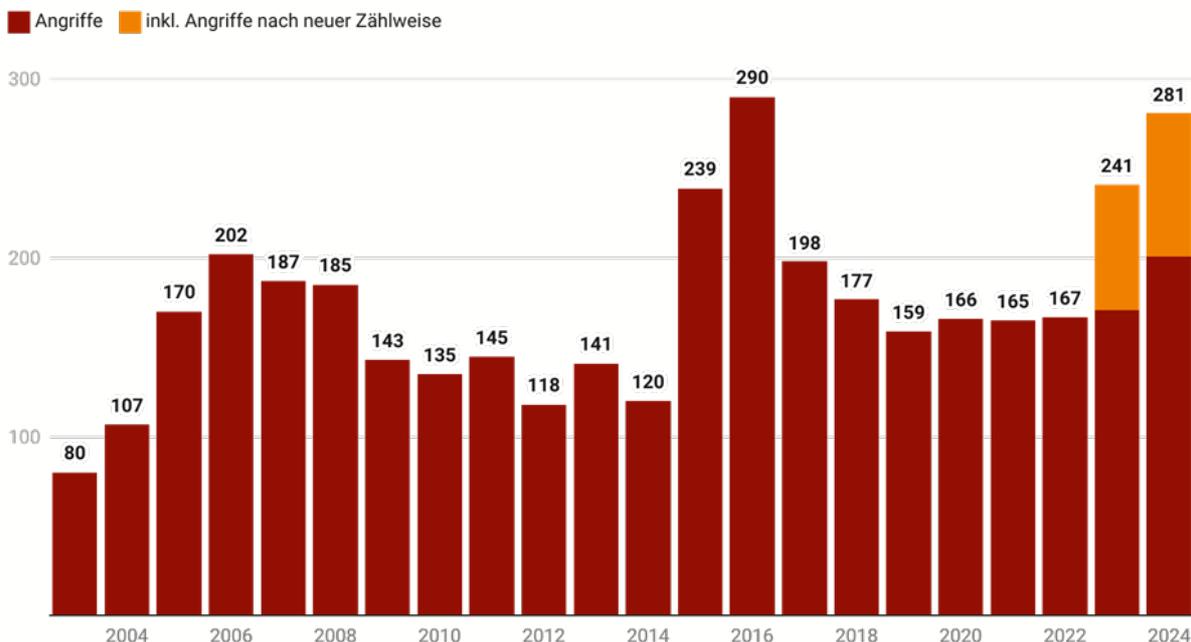
## Jahresbilanz der Mobilen Opferberatung 2024

**Massiver Anstieg politisch rechts motivierter Gewalt +++ Dramatische Eskalation von Rassismus +++ Angriffe auf politische Gegner\*innen fast verdreifacht +++ Steigende Gefahr rechten Terrors +++ Erneuter Anstieg antisemitischer Gewalt +++ Queerfeindlichkeit auf hohem Niveau des Vorjahres**

*Mobile Opferberatung (Salzwedel, Magdeburg, Halle), 03.04.2025*

281 rechte, rassistische, antisemitische und queerfeindliche Angriffe mit 414 direkt Betroffenen hat die Mobile Opferberatung für das Jahr 2024 in Sachsen-Anhalt dokumentiert. Damit gab es im vergangenen Jahr statistisch gesehen fast an jedem Tag einen rechten Angriff – und einen Anstieg zum Vorjahr um 18 Prozent (2023: 239 Angriffe, 345 Betroffene). Seit Beginn des unabhängigen Monitorings vor 22 Jahren hat die Mobile Opferberatung nur im Jahr 2016 noch mehr einschlägige Gewalttaten erfasst (290).<sup>1</sup>

### politisch rechts motivierte Gewalt in Sachsen-Anhalt 2003-2024



Grafik: Mobile Opferberatung (Stand 03.04.2025) • Erstellt mit Datawrapper

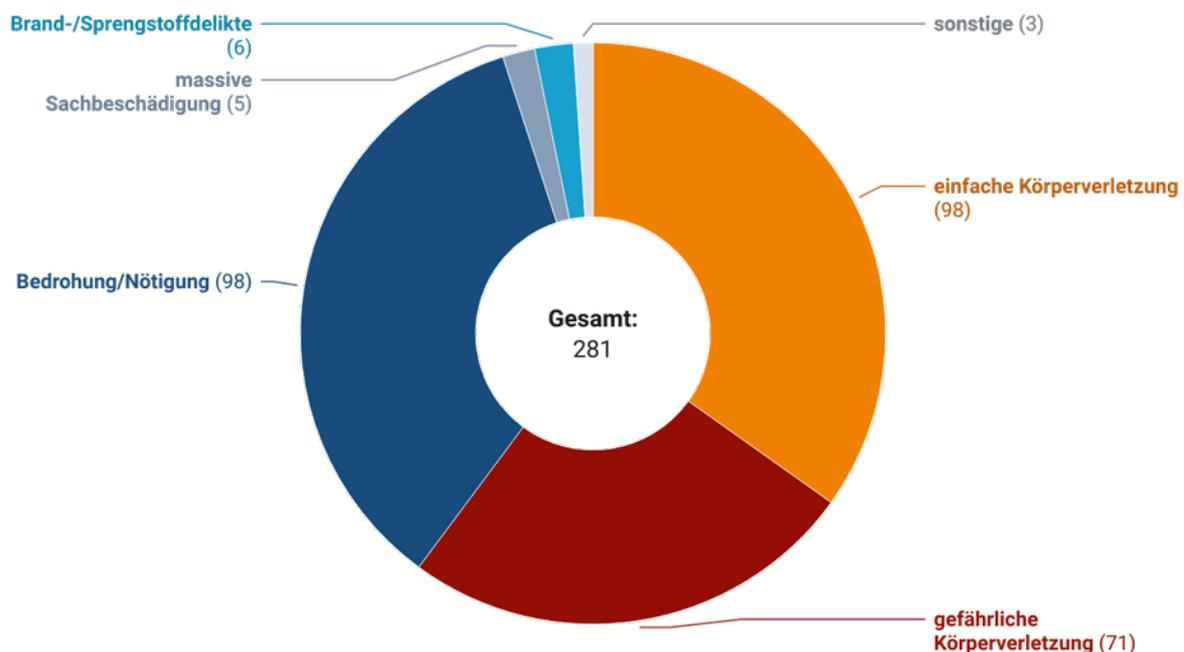
<sup>1</sup> Selbst nach alter Zählweise (Details siehe <https://www.mobile-opferberatung.de/veranderte-erfassung-rechter-notigungen-und-bedrohungen/>) hat die Mobile Opferberatung seit Beginn ihres unabhängigen Monitorings 2003 nur für die Jahre 2015 und 2016 mehr politisch rechts motivierte Angriffe registriert (2024: 201; 2015: 239; 2016: 290).

**„Der massive Anstieg politisch rechts motivierter Gewalttaten ist nur vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Normalisierung extrem rechter, minderheiten- und demokratiefeindlicher Positionen erklärbar. Damit einher geht eine erhöhte Gewaltakzeptanz und -bereitschaft.<sup>2</sup> Wir erwarten von den politisch Verantwortlichen, dass sie sich geschlossen hinter diejenigen stellen, die von dieser Gewalt betroffen sind. Dazu gehört auch die langfristige Absicherung professioneller Beratungsstrukturen für die Angegriffenen und Selbstorganisationen betroffener Communities“.**

MOBILE OPFERBERATUNG

Für 2024 hat das spezialisierte Gewaltopferberatungsprojekt insgesamt 169 Körperverletzungsdelikte (2023: 144), 98 Bedrohungen bzw. Nötigungen<sup>3</sup> (2023: 86), sechs Brand- bzw. Sprengstoffdelikte (2023: 2), fünf massive Sachbeschädigungen (2023: 5), zwei Raubstrafataten (2023: 2) sowie einen gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr als politisch rechts motivierte Angriffe registriert. Äußerst besorgniserregend ist zudem die für 2024 zu konstatierende, annähernde Verdopplung von Angriffen gegen Kinder von 23 auf 40, der Anstieg rechter Gewalt gegen Jugendliche und von gefährlichen Körperverletzungsdelikten um jeweils etwa 50 Prozent. Auch die sechs bekannt gewordenen, rechten und rassistischen Brand- bzw. Sprengstoffanschläge in 2024 sind ein Alarmsignal. Dabei ist von einer erheblichen Anzahl nicht angezeigter und auch der Mobilien Opferberatung nicht bekannt gewordener politisch rechts motivierten Gewalt auszugehen.<sup>4</sup>

### politisch rechts motivierte Angriffe 2024 nach Straftatbeständen



Grafik: Mobile Opferberatung (Stand 03.04.2025) • Erstellt mit Datawrapper

<sup>2</sup> So gewann die extrem rechte Alternative für Deutschland (AfD) bei der vorgezogenen Bundestagswahl Ende Februar 2025 in Sachsen-Anhalt 37,1 Prozent aller Zweitstimmen.

<sup>3</sup> davon 80 nach ab 2023 geänderter Zählweise

<sup>4</sup> vgl. u.a. [https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2018ersteErgebnisseDVS2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=14](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2018ersteErgebnisseDVS2017.pdf?__blob=publicationFile&v=14), S. 25 ff.

## Dramatische Eskalation von Rassismus

Wie schon in den Vorjahren war Rassismus bei 181 Angriffen mit 278 direkt Betroffenen mit einem Anteil von 64 Prozent das bei weitem häufigste Tatmotiv. Damit hat sich das dramatische Ausmaß rassistischer Gewalt in 2024 nochmal intensiviert (2023: 173 mit 249 direkt Betroffenen). Mehr als ein Viertel der direkt von rassistischer Gewalt Betroffenen waren zum Tatzeitpunkt unter 18 Jahre alt<sup>5</sup>. Besonders alarmierend ist, dass deutlich mehr Kinder auch direkt von rassistischer Gewalt betroffen waren (2024: 36; 2023: 21). So wie die sechs 11- bis 13-jährigen Schüler\*innen, die am 16. Oktober 2024 nachmittags in einer Straßenbahn in Magdeburg plötzlich von einem unbekanntem Erwachsenen rassistisch beleidigt und attackiert wurden. Eines der Kinder erhielt einen Schlag in den Nacken. Oder die 14-Jährige, die auf einem Spielplatz mit ihren zwei 3- und 5-jährigen Brüdern von einer erwachsenen Frau rassistisch beleidigt und zwei Mal ins Gesicht geschlagen wurde. Die Tat ereignete sich am Nachmittag des 22. Juni 2024 in Merseburg (Saalekreis).

***„Gewalt gegen Kinder und Jugendliche beeinträchtigt die seelische, schulische und soziale Entwicklung nachhaltig. Sie hat zudem oft erhebliche Folgen auch für die gesamte Familie. Eltern, die vor Kriegen und Terror fliehen mussten und auf Sicherheit für ihre Kinder hofften, fragen sich zunehmend, ob sie Sachsen-Anhalt verlassen müssen.“***

MOBILE OPFERBERATUNG

## Magdeburg als Gefahrenzone rassistischer Anfeindungen und Gewalt

Der mörderische Anschlag mit sechs Toten und 86 Schwerstverletzten<sup>6</sup>, der am 20. Dezember 2024 von einem 50-jährigen Psychiater mit saudi-arabischem Hintergrund auf den Weihnachtsmarkt verübt wurde, markiert in vielfacher Hinsicht eine Zäsur. Der Anschlag hinterlässt tiefe körperliche, seelische und emotionale Wunden und eine anhaltende Unsicherheit für viele Menschen in Magdeburg. Dazu gehören auch viele migrantisierte Menschen, die durch die rassistische Instrumentalisierung des Anschlags und die darauffolgenden sog. Resonanztaten gleich mehrfach betroffen waren. Noch am Abend des Anschlags wurde ein 18-jähriger Student auf dem Nachhauseweg aus einer Gruppe heraus mit rassistischen Parolen wie „Ihr gehört hier nicht her!“ beleidigt, mit dem Tode bedroht, geschubst und geschlagen. Und ein 13-jähriger Schüler wurde im Fahrstuhl in seinem Wohnhaus von einem Erwachsenen rassistisch beleidigt und gewürgt. Der Angreifer unterstellte dem Kind, der Anschlag sei „wegen Menschen wie ihm“ passiert.

***„Seit dem mörderischen Anschlag in Magdeburg ist die Landeshauptstadt zu einer Gefahrenzone insbesondere für muslimisch gelesene Menschen geworden.“***

MOBILE OPFERBERATUNG

In der Landeshauptstadt hatte die Mobile Opferberatung schon vor dem Anschlag wöchentlich von mindestens einem rassistischen Angriff erfahren. Alleine in dem kurzen Zeitraum vom 20. bis 31. Dezember 2024 registrierte das Projekt zehn rassistische und vier rechte Angriffe in Magdeburg<sup>7</sup> – also nahezu täglich eine rassistische Gewalttat. Darüber hinaus berichten uns Klient\*innen und

---

<sup>5</sup> 2024 40 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren (2023: 38)

<sup>6</sup> Die Mobile Opferberatung stuft den Anschlag aufgrund zahlreicher Hinweise auf eine extrem rechte und islamfeindliche Tatmotivation derzeit als Verdachtsfall ein. Für eine abschließende Bewertung bleibt der Gerichtsprozess gegen den Täter abzuwarten.

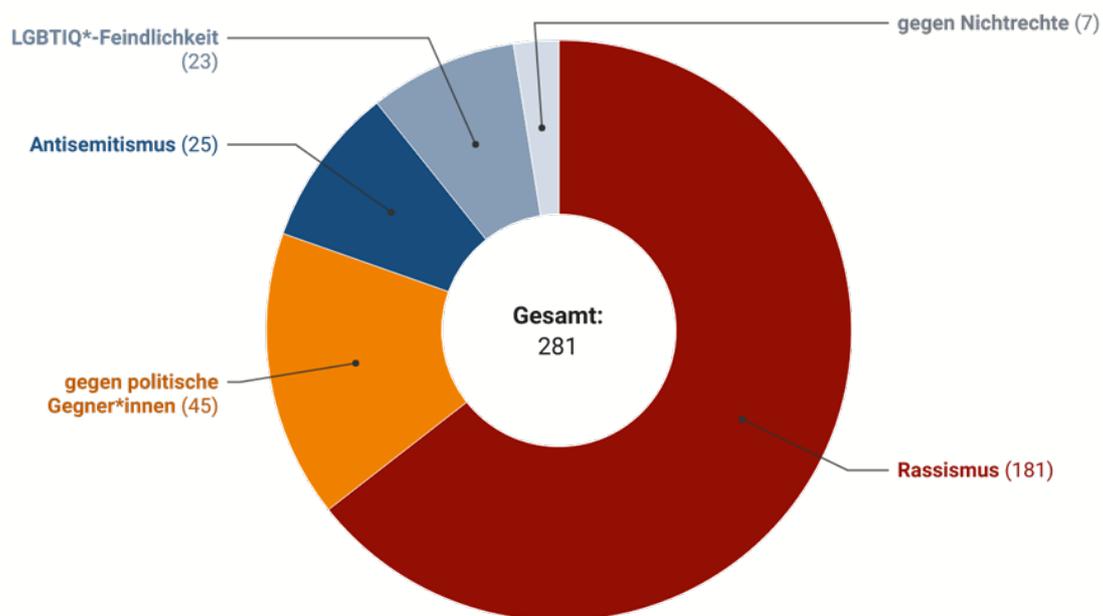
<sup>7</sup> siehe auch Abschnitt „Angriffe auf politische Gegner\*innen fast verdreifacht“

Kooperationspartner\*innen von einem Klima der Ohnmacht und Angst, dass den Alltag unter von Rassismus Betroffenen in Magdeburg verändert: von unzähligen und im öffentlichen Raum drastisch normalisierten rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen – u.a. Hals-Abschneidegesten bis hin zu organisierten rassistischen Vertreibungsaktionen – etwa gezielt in Briefkästen eingeworfene, auf Arabisch übersetzte Drohschreiben mit der Aufforderung, Deutschland zu verlassen.

**„Der sprunghafte Anstieg insbesondere antimuslimischer Gewalt nach dem mörderischen Anschlag in Magdeburg zeigt, wie schnell manifeste rassistische Einstellungen in offenen Hass und Gewalt umschlagen können. Diesem Klima der Angst, Abwertung und Ausgrenzung muss entschieden entgegengetreten werden. Hierzu gehört auch eine unmissverständliche Positionierung gegen Rassismus seitens der Landesregierung, eine konsequente Bekämpfung von strukturellem Rassismus ebenso wie praktische Solidarität im Alltag.“**

MOBILE OPFERBERATUNG

## politisch rechts motivierte Angriffe 2024 nach Tatmotiven



Grafik: Mobile Opferberatung (Stand 03.04.2025) • Erstellt mit Datawrapper

## Angriffe auf politische Gegner\*innen fast verdreifacht

45 politisch rechts motivierte Angriffe richteten sich gegen Menschen, die als vermeintliche oder tatsächliche politische Gegner\*innen wahrgenommen und als solche gezielt attackiert wurden (2023: 16). Damit haben sich diese Angriffe im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdreifacht. Davon direkt betroffen waren in 2024 insgesamt 68 Menschen (2023: 30), darunter 16 Jugendliche und ein Kind. Beispielsweise ein junger Mann, der am 25. Mai 2024 in Leißling, einem Ortsteil von Weißenfels (Burgenlandkreis) sein Missfallen über mehrere Feiernde geäußert hatte, die auf einer Party zum umgetexteten Song "L'Amour toujours" rassistische Parolen gegrölt und dabei auch den Hitlergruß gezeigt hatten. Der junge Mann wurde daraufhin von der Gruppe angegriffen. Oder am 18. Mai 2024 in Burg



Unterstützung  
für Betroffene  
rechter, rassistischer und  
antisemitischer Gewalt

(Jerichower Land), wo ein nichtrechter Lokalpolitiker am Samstagmorgen zum wiederholten Male einen extrem rechten Aufkleber an seinem Briefkasten abreißen wollte und gerade noch rechtzeitig die dahinter versteckte Rasierklinge entdeckte.

Vier dieser Angriffe sind ebenfalls als Resonanztaten nach dem Anschlag von Magdeburg zu bewerten: So wurde am frühen Abend des 21. Dezember ein Fotograf von mehreren Teilnehmern einer Neonazidemonstration attackiert, zu welcher u.a. die „Jungen Nationalisten“ noch am Tag des Anschlags aufgerufen hatte. Und am 23. Dezember 2024 verübten Unbekannte am späten Nachmittag einen Brandanschlag, indem sie einen Molotowcocktail gegen die Fassade des alternativen Wohn- und Projekthaus Libertäres Zentrum schleuderten, der glücklicherweise schnell gelöscht werden konnte.

## Steigende Gefahr rechten Terrors durch neue neonazistische Jugendgruppen

Seit dem Frühjahr 2024 sind Sachsen-Anhalt- und ostdeutschlandweit immer gewaltbereiter agierende, neonazistische Gruppen und Netzwerke öffentlich in Erscheinung getreten.<sup>8</sup> Entstanden sind sie aus einer selbstbewussten und vielerorts dominanten extrem rechten Jugendkultur, die zum Teil aus Fußballhooliganszenen stammt und sich im Internet organisiert und radikalisiert. Sie eint eine digitale Alltags- und Erlebniswelt, in der rechte Aktionen und Angriffe gefeiert werden. Die Gruppen wie „Deutsche Jugend zuerst“ (DJZ) oder „Junge Nationalisten“ (JN) sind überregional gut vernetzt und sowohl an zahlreichen, extrem rechten Mobilisierungen beteiligt als auch in mehreren Fällen schwerer rechter Gewalttaten tatverdächtig – wie zuletzt bei einem Angriff auf einen Schwarzen, außer Dienst befindlichen Polizisten und seine Partnerin am 28. März 2025 auf einem Supermarktparkplatz in Halle (Saale). Hier hatten sich ihnen drei Neonazis entgegengestellt. Ein 23-Jähriger zeigte den „Hitlergruß“ und verletzte ihn mit einem Schlagstock. Er wurde in Untersuchungshaft genommen.

Die Gruppen, die auf klassische Neonazioutfits der sog. Baseballschlägerjahre zurückgreifen, verherrlichen offen den Nationalsozialismus und sind entsprechend bewaffnet: Wie beispielsweise am 7. November 2024 in Halle (Saale), als drei Freund\*innen abends auf dem Nachhauseweg zwei mit Totenkopftüchern verummte Neonazis trafen, die "Hass, Hass, Hass" und "Scheiß Zecken" schreiend auf sie zukamen, einer 22-jährige Linken den Ellenbogen in die Seite rammten und mehrfach den Hitlergruß zeigten. Wenig später wurden vier junge Erwachsene von den beiden verummten Neonazis als „Scheiß Zecken“ beschimpft, mit einem Schlagstock bedroht und verfolgt. Den Angegriffenen gelang es zu flüchten.

***„Die Ermittlungsbehörden dürfen nicht zusehen, wie die ‚Deutsche Jugend Zuerst‘ die Schwelle vom militanten Neonazi-Netzwerk zur Terrorgruppe überschreitet. Das Wiedererstarken einer gewaltbereiten Neonaziszene wie in den 1990er-Baseballschlägerjahren ist eine Gefahr für all diejenigen, die nicht ins extrem rechte Weltbild passen.“***

MOBILE OPFERBERATUNG

In der Gruppe „Deutschen Jugend zuerst“ organisierte Neonazis aus Halle (Saale) und Umland waren zudem maßgeblich für einen brutalen Angriff auf SPD-Wahlkämpfer in Berlin-Lichterfelde am 14. Dezember 2024 verantwortlich. Hier hatten vier von ihnen aus einer etwa 20-köpfigen Gruppe heraus einen der SPD-Wahlkämpfer zu Boden geprügelt und ihm dort mit Springerstiefeln mehrfach massiv gegen Kopf und Oberkörper getreten. Die Gruppe war für einen Neonaziaufmarsch nach Berlin gereist

---

<sup>8</sup> v.a. im Zusammenhang mit Christopher-Street-Day-Veranstaltungen in Ostdeutschland; siehe auch Abschnitt „Queerfeindlichkeit auf hohem Niveau des Vorjahres“



und zufällig auf einen Informationsstand der SPD gestoßen sein, wo sie zunächst die Mützen zweier SPD-Wahlkämpfer\*innen weggerissen, sie beleidigt und dann körperlich attackiert hatten. Auch zwei Polizisten wurden von den Angreifern verletzt. Drei der vier 16- bis 19-jährigen Beschuldigten sitzen weiterhin in U-Haft.

## Erneuter Anstieg antisemitischer Gewalt

Ein erneuter Anstieg um 25 Prozent war auch bei antisemitisch motivierten Angriffen in 2024 zu verzeichnen (2024: 25; 2023: 20). Vor allem die Verdopplung antisemitischer Körperverletzungen (2024: 7, 2023: 3) ist besorgniserregend. In Seehausen wurde ein 13-jähriger Schüler am 26. August 2024 auf dem Schulhof aus antisemitischer Motivation heraus von einem älteren Schüler angegriffen und verletzt. In Halle (Saale) wurde am 25. November 2024 in Halle (Saale) eine 26-jährige Person, die einem älteren Paar auf der Straße nach antisemitischen Beleidigungen zur Seite stand, getreten und geschlagen.

Des Weiteren wurden auch 18 antisemitische Bedrohungen mit in die Statistik aufgenommen (2023: 17). Davon wurden sieben im Internet, drei im direkten Wohnumfeld und zwei am Rande von Demonstrationen verübt. Eine Todesdrohung erhielt zum Beispiel ein Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Magdeburg am 27. Mai 2024 per E-Mail. Darin wurden Israelis als „Judenschweine“, „Kindermörder“ und „Frauenmörder“ bezeichnet. Kurz vor dem fünften Jahrestag des rechtsterroristischen Anschlags in Halle und Wiedersdorf an Yom Kippur erhielt die Jüdische Gemeinde Halle vermehrt Hasskommentare über Google Bewertungen und Morddrohungen per E-Mail. Im gleichen Zeitraum wurden u.a. Gedenkbanner beschmiert und Hakenkreuze u.a. auf der Gedenkinstallation der Stadt Halle vor dem TEKIEZ angebracht.

Und erst Mitte Februar 2025 wurde ein 19-jähriger, gebürtiger Hallenser in der Schweiz festgenommen, der auf Telegram über Anschlagpläne auf die Synagoge in Halle (Saale) geprahlt und sich bereits eine Waffe besorgt haben soll.<sup>9</sup> Zu der Drohkulisse gehören weitere Taten, wie Mitte November 2024, als Unbekannte in Magdeburg am Mahnmahl für die Alte Synagoge Kränze zerstörten, die dort anlässlich der sog. Reichspogromnacht niedergelegt worden waren. Oder Ende Oktober 2024, wo erst in Zeitz (Burgenlandkreis) und dann in Halle (Saale) Stolpersteine zur Erinnerung an deportierte Jüdinnen und Juden aus dem Boden gerissen und gestohlen wurden.

***„Die Bedrohungslage für viele Jüdinnen\_Juden in Sachsen-Anhalt hat sich fünf Jahre nach dem Anschlag in Halle und Wiedersdorf an Yom Kippur weiter verschärft. Umso wichtiger waren und sind deutlichen Zeichen der Solidarität, etwa durch unmissverständliche Verurteilungen der Taten, Gegenkundgebungen oder Spenden zum schnellen Austausch der Stolpersteine.“***

MOBILE OPFERBERATUNG

Auch die weitere Radikalisierung vermeintlich linker, antiimperialistischer Gruppen wie der „Students for Palestine“ (SfP) in Sachsen-Anhalt und bundesweit ist Teil des Bedrohungsszenarios. Diese hatten sich nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel deutschlandweit neuformiert bzw. gegründet, Palästina-Solidarität eingefordert, aber oft zugleich auch Islamismus verharmlost und den tödlichsten Angriff auf jüdisches Leben seit der Shoa als Widerstand verklärt. Auch in 2024 verbreiteten sie öffentlich vor allem israelbezogenen Antisemitismus. Wie bei einer Pro-Palästina-Demonstration

<sup>9</sup> <https://www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/festnahme-in-der-schweiz-19-jahriger-soll-mit-an-schlag-auf-synagoge-in-halle-gedroht-haben-4013729>



Unterstützung  
für Betroffene  
rechter, rassistischer und  
antisemitischer Gewalt

Ende April 2024 des „Solidaritätsnetzwerks“ in Halle-Neustadt, als Teilnehmende antisemitische Parolen riefen. Oder Ende November 2024, als SfP-Anhänger\*innen einen Vortrag zu „Djihad und Judenhass“ im Rahmen einer Veranstaltungsreihe gegen Antisemitismus des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verhindern wollten und dieser durch die Polizei abgesichert werden musste.

## Queerfeindlichkeit erneut auf Höchststand

Mit 23 Angriffen und 28 direkt Betroffenen hat die Mobile Opferberatung für 2024 eine queerfeindliche Gewalttat mehr als im Jahr davor registriert, was nach der Verdopplung in 2023 einen erneuten Höchststand markiert. Neben 14 Körperverletzungen und sieben Bedrohungen wurden auch zwei Raubstrafaten verübt. So wurde am 2. Dezember 2024 in Halle (Saale) eine 20-jährige transfeminine Person in einer Straßenbahn von zwei Jugendlichen trans- und homofeindlich beleidigt, verfolgt und zur Herausgabe ihres „FCK NZS“-Buttons aufgefordert. Als sie sich weigerte, wurde sie auf die Straße gestoßen und dabei beinahe von einem Auto erfasst.

Auch in 2024 waren Veranstaltungen zum Christopher Street Day (CSD) wie in Köthen, Magdeburg, Zeitz und Halle (Saale) Ziele extrem rechter Hetze und Mobilisierungen sowie Bedrohungen und Gewalttaten. So wurden am 15. Juni 2024 in Köthen in den Stunden vor dem CSD u.a. auf dem Marktplatz Anschläge mit Buttersäure und Nägeln verübt sowie ein 31-Jähriger am Nachmittag schwulenfeindlich beleidigt und verletzt. Im Vorfeld hatte die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ gegen den CSD gehetzt und in der Stadt waren Hakenkreuze und der Schriftzug „Kill all Gays“ gesprüht worden. Am 14. September 2024 wurden Teilnehmende auf der Rückreise vom CSD in Halle (Saale) im Zug von Neonazis mit Sprüchen wie „Wir zeigen euch, was passiert, wenn ihr die falsche Partei wählt!“ eingeschüchtert und mit dem Tode bedroht.

Durch eine erhöhte Polizeipräsenz und entschlossenes, zivilgesellschaftliches Handeln konnten direkte Angriffe auf die CSD-Demonstrationen wie im Jahr 2023 allerdings verhindert werden. Als Zeichen von Solidarität wurden zum Beispiel gemeinsame Anreisen vor allem zu den CSDs im ländlichen Raum organisiert. In Halle (Saale) verhinderten etwa 300 solidarische Menschen, dass militante Neonazis in der Innenstadt eine Gegendemonstration durchführen konnten. Zu dieser hatten u.a. die „Junge Nationalisten“ und „Deutsche Jugend zuerst“ mobilisiert.

***„Die Veranstaltungen anlässlich des Christopher Street Days als Ausdruck queerer Lebensweise, Kampf um Selbstbestimmung und eine vielfältige Gesellschaft werden von der extremen Rechten zunehmend zur Mobilisierung der gewaltbereiten Anhängerschaft genutzt. Flankierend nutzt die AfD-Landtagsfraktion ihre parlamentarischen Möglichkeiten für immer neue Diffamierungen und Hetze gegen die queere Community. Breite zivilgesellschaftliche Bündnisse und klare Positionierungen sind notwendiger denn je, um weitere Angriffe auf queeres Leben sowohl im parlamentarischen Raum als auch auf der Straße zurückzuweisen.“***

MOBILE OPFERBERATUNG

## Mögliches behindertenfeindliches Tötungsdelikt in Magdeburg

Die Mobile Opferberatung hat für 2024 keinen sozialdarwinistischen Angriff dokumentiert (2023: 3). Allerdings wertet das Projekt ein Tötungsdelikt in Magdeburg als sog. Verdachtsfall: So hatten am 10. Mai 2024, in der Nacht nach Himmelfahrt zwei Erwachsene und zwei Jugendliche vor einem Kiosk so

massiv auf einen 33-jährigen Bauarbeiter eingetreten, dass er wenige Tage später seinen schwersten Verletzungen erlag. Anlass für den Gewaltexzess soll gewesen sein, dass der Getötete interveniert hatte, als die Gruppe zunächst seinen leicht körperlichen und geistig behinderten Freund beleidigte und attackierte.

Laut Staatsanwaltschaft Magdeburg seien die Ermittlungen weiterhin nicht abgeschlossen und das Motiv noch unklar.<sup>10</sup> Aus den Erfahrungen der Mobilen Opferberatung ist insbesondere bei sozialdarwinistisch motivierter Gewalt sowohl gegen wohnungslose als auch behinderte Menschen von einer erheblichen Erfassungslücke auszugehen.

## Verschränkung von Tatmotiven

Ideologien der Ungleichwertigkeit bzw. gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit treten oft zusammen auf und wirken in ihrer Verschränkung meist verstärkend. Die Mobile Opferberatung ordnet in ihrem Monitoring statistisch jedem Angriff ein handlungsleitendes Motiv zu. Sie erfasst aber auch – sofern bekannt – in wie vielen Fällen mehrere Tatmotive deutlich werden. Für 2024 wurden 19 Angriffe mit intersektionalen Ungleichwertigkeitsvorstellungen dokumentiert. Bei sieben Angriffen und damit besonders häufig gingen demnach Queerfeindlichkeit mit Gewalt gegen politische Gegner\*innen einher. Wie zum Beispiel am 15. Juni 2024 in Halle (Saale), wo 23-jähriger Fahrradfahrer von Unbekannten beleidigt, mit einer Flüssigkeit bespritzt und verletzt wird. Der Betroffene wurde von den Tätern sowohl aus queerfeindlichen Motiven als auch als politischer Gegner angegriffen.

Eine Verschränkung von Gewalt gegen sog. politische Gegner\*innen und Antisemitismus konnte das Beratungsprojekt bei vier Angriffen feststellen. In drei Fällen wirkte Rassismus mit Gewalt gegen politische Gegner\*innen zusammen, in jeweils zwei Fällen Antisemitismus und Queerfeindlichkeit sowie Rassismus und Queerfeindlichkeit und bei einem Angriff waren Queerfeindlichkeit und Gewalt gegen Nichtrechte miteinander verschränkte Tatmotive.

## Angriffsorte und regionale Verteilung

173 und damit deutlich mehr als die Hälfte<sup>11</sup> der politisch rechts motivierten Angriffe in 2024 in Sachsen-Anhalt wurden im öffentlichen Raum begangen (2023: 129): 127 auf öffentlichen Straßen und Plätzen und 46 an Bahnhöfen, Haltestellen und in öffentlichen Verkehrsmitteln (2023: 40). Damit ist die im öffentlichen Raum verübte Gewalt nochmals um 34 Prozent angestiegen.

***„Es ist nicht hinnehmbar, dass öffentliche Straßen und Plätze, Bahnhöfe und Haltestellen, Straßenbahnen, Busse und Züge in Sachsen-Anhalt immer mehr zu Gefahrenzonen für all diejenigen werden, denen im Weltbild rechter, rassistischer, antisemitischer oder queerfeindlicher Täter\*innen das Recht auf körperliche Unversehrtheit abgesprochen wird. In jedem einzelnen Fall braucht es Zivilcourage ebenso wie eine konsequente Strafverfolgung.“***

MOBILE OPFERBERATUNG

---

<sup>10</sup> Vgl. <https://www.volksstimme.de/lokal/magdeburg/pruegelattacke-tatverdaechtige-koerperverletzung-todesfolge-ermittlungen-3901305>

<sup>11</sup> nämlich 62 Prozent

Besorgniserregend sind auch die 49 Angriffe in 2024, die im direkten Wohnumfeld von Betroffenen verübt wurden (2023: 38), darunter fünf auf bzw. im Umfeld von Geflüchtetenunterkünften (2023: 1). So wie der Pflastersteinwurf am Abend des 23. April 2024 auf eine Gemeinschaftsunterkunft in Hettstedt (Mansfeld-Südharz), durch den die Fensterscheibe einer dazugehörigen Wohnung zerschlagen und nur durch Glück niemand verletzt wurde. Oder in der Nacht vom 20. auf den 21. April 2024 in Mülcheln (Saalekreis) in einem Mehrfamilienhaus, in dem Asylsuchende wohnen, eine Gruppe rechter Jugendlicher zunächst zwei massive Sprengstoffexplosionen im Hausflur. Stunden später kam die Gruppe nochmals grölend zurückkommt und versuchte, die Hauseingangstür einzutreten. Offenbar „feierten“ die rechten Täter damit den Jahrestag des Geburtstags von Adolf Hitler.

## Angriffsorte politisch rechts motivierter Gewalt 2024



Grafik: Mobile Opferberatung (Stand: 03.04.2025) • Erstellt mit Datawrapper

Mit 83 Angriffen und 125 direkt Betroffenen wurden in der Stadt Halle (Saale), wie schon in den Vorjahren, in 2024 Sachsen-Anhalt-weit die meisten Taten verübt (2023: 67), gefolgt von der Landeshauptstadt Magdeburg mit 75 Angriffen und 114 direkt Betroffenen (2023: 60). Bei den Landkreisen waren die Hotspots rechter Gewalt in 2024: Anhalt-Bitterfeld mit 19 (2023: 12), der Saalekreis mit 18 (2023: 16), der Salzlandkreis mit 14 (2023: 6) und der Harz mit 12 Angriffen (2023: 19). Jeweils 10 Angriffe wurden im Altmarkkreis Salzwedel (2023: 6), dem Landkreis Stendal (2023: 5) und der Stadt Dessau-Roßlau (2023: 11) registriert. Dahinter folgen im einstelligen Bereich der Bördekreis mit 8 (2023: 3), der Burgenlandkreis und Mansfeld-Südharz mit jeweils 7 (2003: jeweils 11), das Jerichower Land mit 5 (2023: 6) und Wittenberg mit 3 Angriffen (2023: 6).



**Unterstützung  
für Betroffene**  
rechter, rassistischer und  
antisemitischer Gewalt

## Dank

Unser ausdrücklicher Dank gilt all denjenigen, die Angriffe an uns gemeldet haben sowie folgenden Kooperationspartner\*innen, deren Fälle gemäß den Kriterien ebenfalls in unsere Statistik 2024 eingeflossen sind:

- Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt bei der Halleschen Jugendwerkstatt,
- Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt Anhalt/Bitterfeld/Wittenberg bei AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH,
- Entknoten - Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus und Diskriminierung bei LAMSA,
- Hauptamtliche Ansprechperson LSBTTI bei der Polizei Sachsen-Anhalt sowie
- RIAS Sachsen-Anhalt bei OFEK e.V.

Detailliertere Angaben zu den in der Jahresbilanz aufgeführten sowie weiteren Angriffen aus 2024 sind in unserer [Chronik 2024](#) nachlesbar.

## Über uns:

Die Mobile Opferberatung in Trägerschaft von [Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltopenheit in Sachsen-Anhalt e.V.](#) unterstützt seit 2001 als fachspezifische Gewaltopferberatungsstelle Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer, antiromaistischer, queerfeindlicher, sozialdarwinistischer und antifeministischer Gewalt, ihr soziales Umfeld sowie Zeug\*innen in Sachsen-Anhalt: parteilich, kostenlos, vertraulich, auf Wunsch auch anonym und unabhängig von einer Anzeigenerstattung. Die Arbeit wird aus dem [Bundesprogramm „Demokratie leben!“](#) und mit Mitteln des [Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung](#) des Landes Sachsen-Anhalt finanziert.

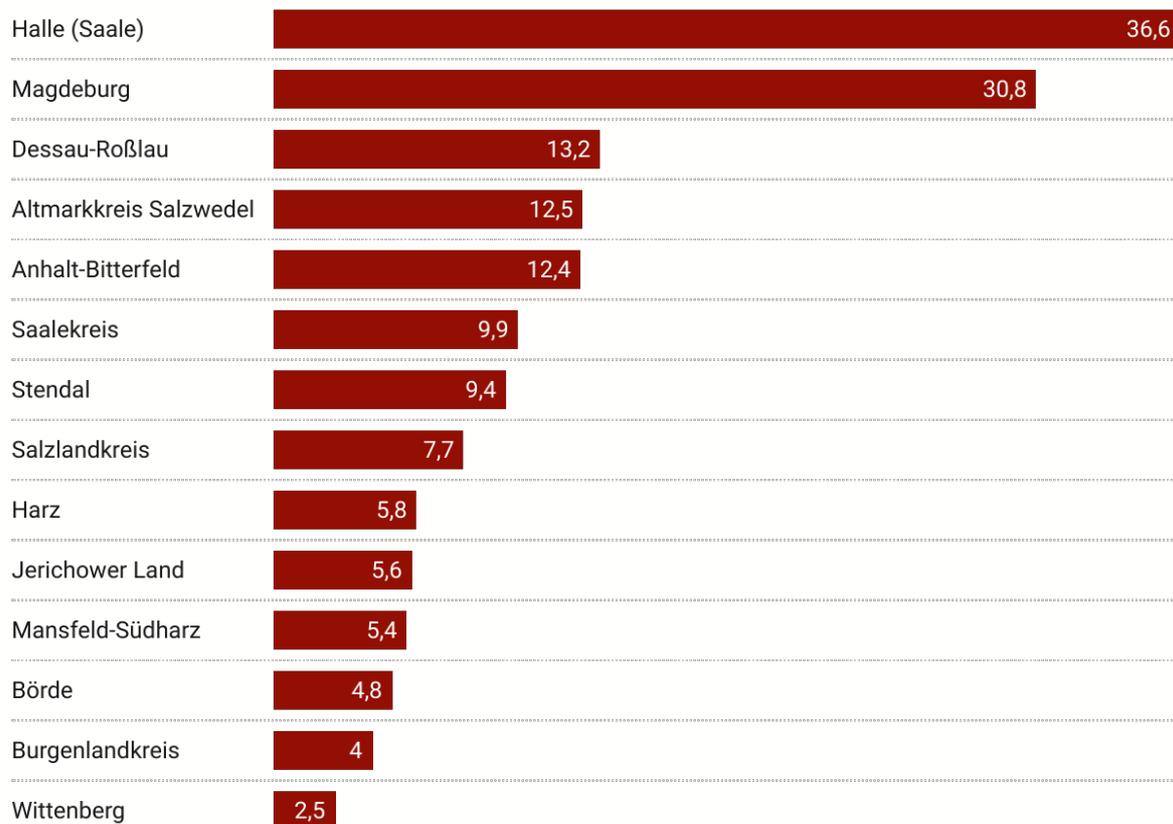
Die Einordnung von Angriffen in unsere jährlichen Statistiken als rechts, rassistisch und antisemitisch motiviert erfolgt anhand gemeinsamer [Qualitätskriterien des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.](#) (VBRG), die sich für eine Vergleichbarkeit auch an der Definition des Bundeskriminalamts zu „Politisch motivierter Kriminalität – rechts“ orientieren.

## weitere Grafiken

Als interaktive Grafiken finden Sie diese und weitere auf unserer [Webseite](#).

# politisch rechts motivierte Angriffe 2024 auf 100.000 Einwohner\*innen

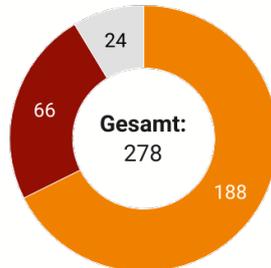
Häufigkeitszahl (HZ) nach Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen-Anhalt



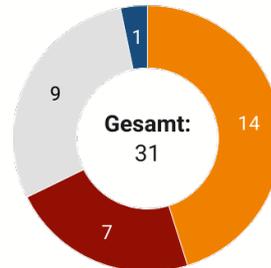
Grafik: Mobile Opferberatung (Stand 03.04.2025) • Quelle: Einwohner\*innenzahl: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt | Stand: 30.09.2024 / • Erstellt mit Datawrapper

## direkt Betroffene 2024 nach Tatmotiv und Geschlecht

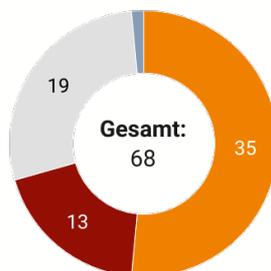
- männlich
- weiblich
- unbekannt
- queer
- non-binär
- trans\*weiblich



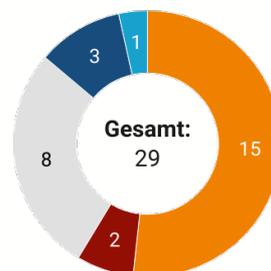
Rassismus



Antisemitismus



gegen politische  
Gegner\*innen

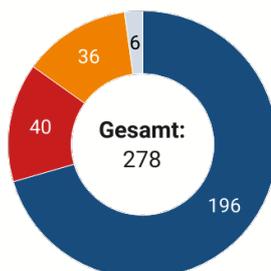


LGBTIQ\*-Feindlichkeit

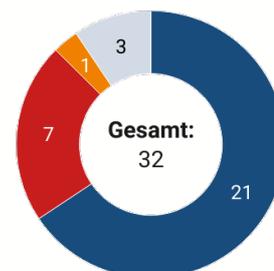
Grafik: Mobile Opferberatung (Stand: 03.04.2025) • Erstellt mit Datawrapper

## direkt Betroffene 2024 nach Tatmotiv und Alter

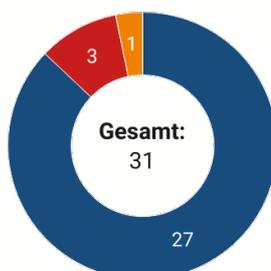
- Erwachsene
- Jugendliche (14-17 Jahre)
- Kinder (0-13 Jahre)
- unbekannt



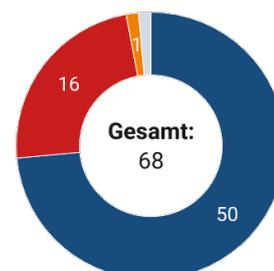
Rassismus



Queerfeindlichkeit



Antisemitismus

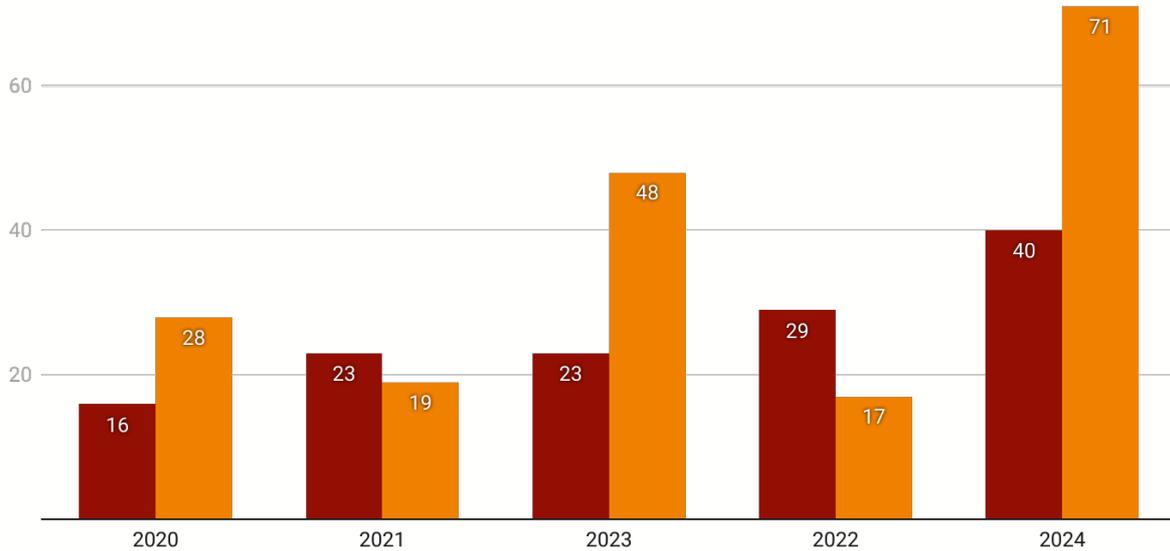


gegen pol. Gegner\*innen

Grafik: Mobile Opferberatung (Stand: 03.04.2025) • Erstellt mit Datawrapper

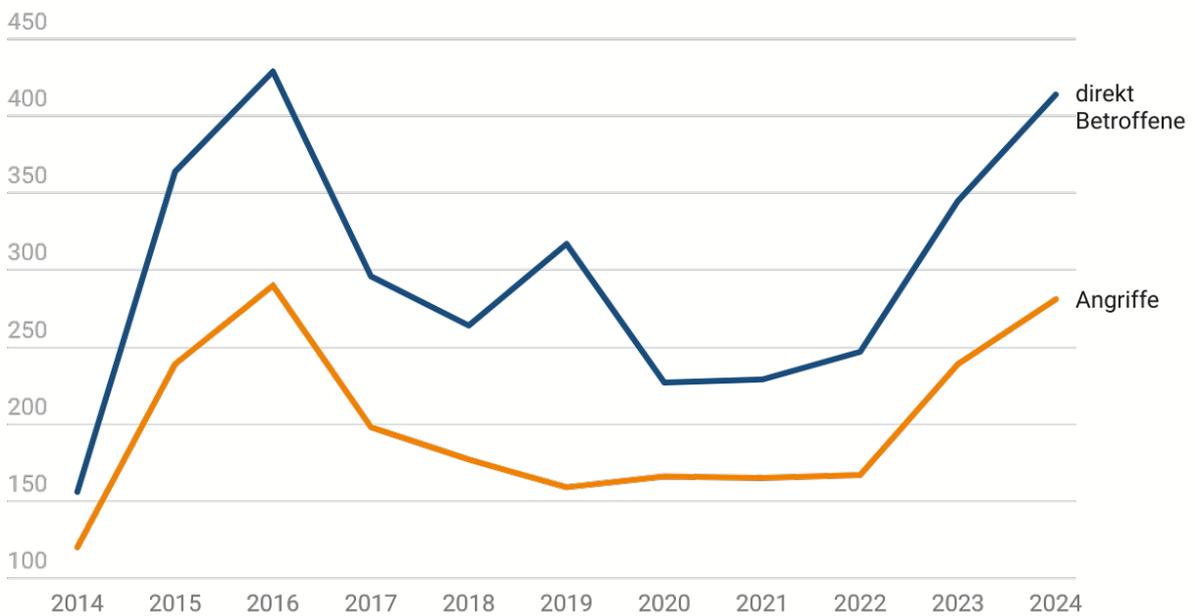
## Kinder und Jugendliche als direkt Betroffene im 5-Jahres-Vergleich

■ Kinder ■ Jugendliche



Grafik: Mobile Opferberatung (05.04.2025) • Erstellt mit Datawrapper

## Politisch rechts motivierte Gewalt und direkt Betroffene im 10-Jahres-Vergleich



Grafik: Mobile Opferberatung (Stand 03.05.2024) • Erstellt mit Datawrapper